



## Vision Europe

### Offener Brief von Vertretern von *Vision Europe* in Anbetracht der Flüchtlingskrise in Europa und der Notwendigkeit, jetzt zu handeln

#### Die Flüchtlingskrise – ein europäischer Handlungsauftrag

*Entscheidungsträger und Regierungschefs in der EU müssen gemeinsame europäische Lösungen der Flüchtlingskrise finden und umsetzen. Denn nur gemeinschaftliche Lösungen können glaubhaft und nachhaltig das wachsende menschliche Leid und die sozialen und politischen Spannungen verringern.*

Die Flüchtlingskrise stellt eine ernsthafte Herausforderung dar, sowohl bezüglich des Wohlergehens der Flüchtlinge als auch für die europäischen Gesellschaften. Im Jahr 2015 sind mehr als 1,5 Millionen Migranten über die Grenzen der Europäischen Union zu uns gekommen. Von Italien bis Polen und von Griechenland bis Deutschland sehen sich die Länder der EU immensen Aufgaben gegenüber, nämlich auf die Wünsche nach humanitärer Hilfe, Asyl und Integration der Flüchtlinge eine tragfähige Antwort zu finden. Die damit im Zusammenhang stehenden Integrationsaufgaben wie Wohnungsbau, Spracherwerb, Arbeit und Sozialfürsorge sind bereits aktuell sehr groß. Sie nicht angemessen zu bewältigen, würde ernsthafte Bedrohungen des sozialen Zusammenhalts und der politischen Stabilität zur Folge haben.

Die europäischen Länder hatten ausreichend Zeit, um die sich seit Langem abzeichnenden Entwicklungen, welche die gegenwärtige Krise herbeigeführt haben, zu analysieren und einzuschätzen. Nun ist es an der Zeit, zu handeln. Nicht isoliert und auf Kosten anderer, sondern gemeinsam und im Geiste europäischer Solidarität. Das ist der Grund, warum *Vision Europe* – ein Zusammenschluss von sieben führenden Think Tanks und Stiftungen in Europa – in 2016 seine Bemühungen darauf fokussieren wird, umsetzbare Lösungen für die aktuelle Flüchtlingskrise und ihrer Ursachen auszuarbeiten. Wir, die sieben Unterzeichner, jeweilig in unseren individuellen Funktionen sprechend, sehen dringenden Bedarf für einen gemeinsamen europäischen Ansatz, der die regionalen und nationalen Bemühungen ergänzt und koordiniert.

Gegenwärtig besteht unter den Mitgliedstaaten kein Konsens darüber, wie man auf die Krise reagieren soll, weder über die Ziele, die zu erreichen, noch über die richtigen Methoden, die anzuwenden sind. Aber grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten müssen nun überwunden werden. Aufbauend auf aktuellen Diskussionen schlagen wir eine umfassende Agenda auf EU-Ebene vor, und zwar mit fünf zentralen Dimensionen:

**Erstens:** Es ist absolut wichtig, die EU-Außengrenzen zu kontrollieren, sodass nur Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen und ein legitimes Recht haben, Asyl zu beantragen, in die EU einreisen und dann möglicherweise bleiben können. Der durchlässige Zustand der EU-Außengrenzen hat in der Auffassung vieler EU-Bürger einen inakzeptablen Kontrollverlust zur Folge gehabt und umgekehrt falsche Hoffnungen bei vielen Migranten erzeugt, rechtswidrig in die EU einreisen zu können. Die Kontrolle der Grenzen des Schengen-Raums sollte eine kollektive Aufgabe der EU und aller Mitgliedstaaten sein, koordiniert von den europäischen Institutionen mit professionellem Personal sowie finanzieller Unterstützung der Mitgliedstaaten an den jeweiligen Außengrenzen der EU. Die Wiedergewinnung der Kontrolle über die EU-Außengrenzen ist der Schlüssel, um die Offenheit der Grenzen innerhalb der EU zu gewährleisten.



## Vision Europe

**Zweitens:** Über die Umsetzung der bereits getroffenen Vereinbarungen über die Verteilung von 160.000 Flüchtlingen in Griechenland und Italien hinaus sollte die EU ein System entwickeln, mit dem sich eine viel größere Anzahl von Flüchtlingen über alle Länder der Union verteilen lässt – direkt von den Hotspots in der EU und den benachbarten Ländern, wie beispielsweise der Türkei, Jordanien und dem Libanon. Mitgliedstaaten, die nicht bereit sind, selbst Flüchtlinge aufzunehmen, könnte die Möglichkeit eingeräumt werden, einen in erster Linie finanziellen Beitrag zu diesem System zu leisten. Ein Migrations-Solidaritäts-Fonds sollte geschaffen werden, um dieses Kompensationssystem zu organisieren und zu steuern. Die Maßnahmen der Türkei, die Anzahl der Überquerungen des Ägäischen Meers durch Flüchtlinge zu reduzieren, sollten in der Bereitschaft von EU-Mitgliedstaaten, Flüchtlinge in einem geordneten Verfahren aufzunehmen, eine Antwort und Entsprechung finden. Die Beschlüsse des Europäischen Rats scheinen in dieser Hinsicht in die richtige Richtung zu weisen.

**Die dritte Maßnahme** sollte darin bestehen, die Asylverfahren selbst zu verbessern und zu standardisieren sowie die Entscheidungsprozesse insgesamt zu beschleunigen. Je eher Flüchtlinge wissen, ob sie bleiben können, desto mehr Energie kann darauf verwandt werden, sie in die Gesellschaft des jeweiligen Aufnahmelandes zu integrieren und die Familienzusammenführung zu organisieren. Je schneller eine Entscheidung getroffen wird, desto fairer und – in voller Übereinstimmung mit internationalen Gesetzen und den Menschenrechten – praktikabler ist es, die Menschen in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken, deren Asylanträge nicht bewilligt wurden. Die EU-Staaten können es sich nicht leisten, in der Zuerkennung des Asylstatus erheblich voneinander abweichende, uneinheitliche Standards zu verfolgen. Zudem kann es gemäß internationalem Recht keine feste Grenze in Bezug auf die Zahl derer geben, die berechtigt sind, Asyl zu beantragen.

**Als vierte Maßnahme** empfehlen wir weitere Bemühungen auf EU-Ebene, um die Lebensbedingungen der Flüchtlinge zu verbessern, die sich in Nachbarländern ihrer Heimatländer aufhalten. Viele Flüchtlinge wollen in ihre Heimat zurückkehren, sobald die Situation dort wieder sicher für sie geworden ist. Sie sollten nicht dazu veranlasst werden, sich auf den risiko- und gefahrenreichen Weg in die Europäische Union zu machen, nur aufgrund der zum Teil unerträglichen Bedingungen in den Ländern, in denen sie aktuell Schutz finden.

**Nicht zuletzt** sollten die EU und die Mitgliedstaaten energisch auf eine Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen hinarbeiten, welche die Grundursache der Krise sind. Europa muss insbesondere massiv in den Syrien-Friedensprozess investieren. Die EU muss außerdem ihre Anstrengungen und Mittel in der Nachbarschaftspolitik verstärken – mit einem besonderen Fokus darauf, die jeweiligen Regionen zu stabilisieren und die Lebensbedingungen und ökonomischen Möglichkeiten vor allem in den südlichen Nachbarstaaten zu verbessern.

Aber auch auf nationaler Ebene besteht Handlungsbedarf, insbesondere in den EU-Staaten, in denen eine besonders hohe Anzahl an Flüchtlingen Asyl bereits erhalten hat oder dies in naher Zukunft erwartet. Die Verteilung der Flüchtlinge auf die Städte, Kommunen und Regionen sollte unter fairen Gesichtspunkten und mit angemessener Unterstützung von Seiten der nationalstaatlichen Ebene erfolgen, mit besonderem Schwerpunkt auf Ausbildung und Erlernen der Sprache. Die Anerkennung von Berufsqualifikationen und -kompetenzen sollte zu einem möglichst frühen Zeitpunkt erfolgen. Innerhalb unserer Gesellschaften brauchen wir außerdem einen Dialog zwischen den Flüchtlingen und der Aufnahmegesellschaft. Es sollte deutlich gemacht werden, dass



## Vision Europe

der Respekt der Menschenrechte, der demokratischen Werte und der kulturellen Normen für einen dauerhaften Aufenthalt in dem jeweiligen europäischen Gastgeberland unerlässlich ist.

Aus sieben europäischen Ländern mit jeweils unterschiedlichen nationalen politischen Hintergründen sowie Ansätzen in der Flüchtlingskrise stammend, arbeiten die Stiftungen und Think Tanks im Rahmen von *Vision Europe* zusammen, um neue Ideen voranzubringen, eine informierte und kundige Debatte anzustoßen und die Vorteile einer gemeinsamen europäischen Lösung für europaweite Probleme herauszustellen. Europa ist stark genug, um die mit Migration verbundenen Herausforderungen zu bewältigen, aber nur dann, wenn die europäischen politischen Führungen und Entscheidungsträger jetzt handeln, verantwortungsvoll handeln und die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen richtig nutzen, und zwar einschließlich ausreichender Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Kräfte, die in diesem Bereich tätig sind. Wir dürfen den öffentlichen Diskurs nicht den Populisten und Nationalisten mit ihren falschen Versprechungen überlassen. Tragfähig und nachhaltig kann nur eine europäische Lösung sein.

Dieser Offene Brief wurde von Vertretern der sieben Think Tanks und Stiftungen unterschrieben, die sich zu Vision Europe zusammengeschlossen haben.

Aart De Geus  
Vorstandsvorsitzender, Bertelsmann Stiftung, Deutschland

Guntram Wolff  
Direktor, Bruegel, Belgien

Robin Niblett  
Direktor, Chatham House, Vereinigtes Königreich

Piero Gastaldo  
Generalsekretär, Compagnia di San Paolo, Italien

Artur Santos Silva  
Präsident, Calouste Gulbenkian Foundation, Portugal

Yves Bertoncini  
Direktor, Jacques Delors Institute, Frankreich

Mikko Kosonen  
Präsident, Finnish Innovation Fund Sitra, Finnland